Landtag von Sachsen-Anhalt

Drucksache 7/493
24.10.2016

Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 7. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordneter
Dr. Andreas Schmidt
(SPD)

Veröffentlichung von Urteilen aus Verwaltungsgerichtsprozessen

Die juristische Fachwelt aber auch die allgemeine Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse an der Veröffentlichung von Urteilen aus Verwaltungsgerichtsprozessen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Werden Urteile aus Verwaltungsgerichtsprozessen veröffentlicht?

2. Auf welchem Weg erfolgt diese Veröffentlichung?

(Ausgegeben am 24.10.2016)

2. Abgeordnete Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bundesteilhabegesetz

Das Bundesteilhabegesetz ist eines der zentralen sozialpolitischen Vorhaben der letzten Jahre und wird entsprechend umfassende Auswirkungen auf das Land als überörtlichen Sozialhilfeträger wie auch auf die zahlreichen Betroffenen in Sachsen-Anhalt haben.

Nach der Einbringung des Gesetzentwurfes durch die Bundesregierung hat der Bundesrat sich am 23. September 2016 mit dem Gesetzentwurf befasst. Aus den Ländern wurden 120 Änderungsanträge gestellt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit hat sich die Landesregierung im Rahmen der ersten Lesung des Gesetzentwurfes des „Gesetzes zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung“ im Bundesrat für Änderungen eingesetzt bspw. vor dem Hintergrund der Stellungnahme der LIGA der freien Wohlfahrtspflege Sachsen-Anhalts und der entsprechenden Diskussion bei der Sitzung des Behindertenbeirats am 10. Oktober?

2. Wie ist der Zeitrahmen bis zur abschließenden Befassung im Bundesrat?

3. Abgeordneter Rüdiger Erben (SPD)

Bauarbeiten auf der Saalebrücke im Zuge der B 91, OU Weißenfels

An der Saalebrücke im Zuge der B 91, Ortsumfahrung Weißenfels werden gegenwärtig im Auftrag der Landesstraßenbaubehörde Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Die Fahrbahn auf der Brücke in Richtung Halle wurde bereits saniert und wurde für den Verkehr freigegeben. Bedingt durch die Bauarbeiten auf der Richtungsfahrbahn Zeitz ist die Geschwindigkeit zurzeit auf 60 km/h beschränkt. Auf der freigegebenen Fahrbahn sind trotz der Geschwindigkeitsbegrenzung deutlich und dutzendhaft Stöße im Fahrzeug zu bemerken, die auf Unebenheiten auf der Fahrbahn zurückzuführen sind. Dies entspricht nicht nur der Wahrnehmung des Fragestellers, sondern zahlreicher Verkehrsteilnehmer. Die Weißenfelser Lokalausgabe der Mitteldeutschen Zeitung berichtete zwischenzeitlich mehrfach darüber und gibt u. a. die Aussage der LSBB wieder, dass die Fahrbahn in einem ordnungsgemäßen Zustand sei.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den Zustand der jüngst sanierten Fahrbahn auf der Saalebrücke Weißenfels?

2. Für den Fall, dass dieser nicht ordnungsgemäß ist: Welche Maßnahmen sind zur Herstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes der sanierten Fahrbahn vorgesehen?

4. Abgeordnete
Birke Bull-Bischoff
(DIE LINKE)

Servicestelle „Interkulturelles Lernen in Kita und Schule“

Es gibt Meldungen, wonach der Servicestelle, die seit September 2015 zahlreiche pädagogische Institutionen in Sachsen-Anhalt angesichts der gestiegenen Zuwandererzahlen und der daraus resultierenden Herausforderungen berät, qualifiziert und unterstützt, die bisher gewährten Fördermittel um zwei Drittel gekürzt werden sollen. Der Träger der Servicestelle sieht damit keine Möglichkeit mehr, ihre intensiv nachgefragte Tätigkeit fortzusetzen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wenn die Informationen zutreffen, welche Gründe hat die Landesregierung für die drastische Kürzung der Fördermittel?

2. In welcher Form beabsichtigt die Landesregierung die Beratung, Qualifizierung und Unterstützung der Schulen und Kitas in Fragen der Arbeit mit Zugewanderten zukünftig zu gewährleisten?

5. Abgeordnete Doreen Hildebrandt (DIE LINKE)

Einstiegsqualifizierung plus (EQ plus) und Einstiegsqualifizierung plus plus (EQ plus plus)

Derzeit werden gemäß § 54a Sozialgesetzbuch III und der Vereinbarung der Paktpartner in Sachsen-Anhalt zur „begleitenden Qualifizierung in berufsbildenden Schulen“ in Sachsen-Anhalt jungen Menschen Praktikumsplätze in Verbindung mit einer schulischen Begleitung an einer Berufsschule angeboten. Ziel der Qualifizierung soll die Übernahme des Jugendlichen nach dem Praktikum in eine betriebliche Ausbildung sein.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist die Weiterführung der Beschulung im Rahmen der Programme EQ plus und EQ plus plus seitens der Landesregierung für das laufende und das kommende Schuljahr geplant?

2. Welche Entscheidungskriterien gibt es auf Landesebene, in welchen Berufsbildenden Schulen EQ plus und EQ plus plus Klassen eingerichtet werden und spielt dabei die regionale Verteilung von Praktikumsangeboten eine entscheidende Rolle?

6. Abgeordneter Andreas Höppner (DIE LINKE)

GRW-Förderung Lieken

Der Backwarenhersteller Lieken errichtet aktuell auf dem Gelände des Mutterkonzerns AGROFERT in Wittenberg ein neues Produktionswerk für Backwaren. In Zuge dessen soll ein weiteres Lieken-Werk in Weißenfels mit ca. 250 Arbeitsplätzen geschlossen werden.

Die Investition in Wittenberg fördert das Land Sachsen-Anhalt mit einem maximalen Zuschuss aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur in Höhe von 11,25 Mio. €. Insgesamt sollen am Standort 265 Arbeitsplätze entstehen.
Lieken ist Mitglied des Verbandes der Großbäckereien und wendet für alle seine Unternehmen die entsprechenden Tarifverträge an. AGROFERT Deutschland hingegen unterliegt keiner Flächen-Tarifbindung. Im Geschäftsbereich Chemie finden allerdings einzelne Haustarifverträge Anwendung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist Tarifbindung ein Kriterium für den Erhalt der Fördermittel in Höhe von 11,25 Mio.€ im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwen
   dungen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschafts struktur“ gewesen?

2. Wird unter dem Namen Lieken, Lieken AG bzw. Lieken Brot- und Backwaren GmbH firmiert und somit der Flächentarif des Verbandes der Großbäckereien angewendet oder wird unter AGROFERT bzw. unter einem anderen Firmendach und Namen firmiert und damit kein Tarifvertrag angewendet?

7. Abgeordneter Guido Heuer (CDU)

Vergabe eines Vertrags zur Evaluierung des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG)

Nach § 15 Abs. 2 des Kinderförderungsgesetzes hat das für Kinder- und Jugendhilfe zuständige Ministerium die Finanzierungsregeln nach den §§ 11 bis 13 des Kinderförderungsgesetzes bis zum Ende des Jahres 2016 zu evaluieren und dem Landtag bis zum Ende des III. Quartals 2017 zu berichten.

Im Rahmen des Nachtragshaushalts wurden hierfür 2015 Mittel eingeplant und an eine Bietergemeinschaft eine Studie in Auftrag gegeben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration plant, zusätzlich zur im vergangenen Jahr vergebenen Studie zur Untersuchung bzw. Evaluierung des KiFöG einen weiteren Beratungsvertrag, Studie o. Ä. zum KiFöG auszuschreiben bzw. zu vergeben?

2. Wie erfolgen im Rahmen des Vertrages die Datenerhebung und der Zugriff auf vorhandene Daten in Landkreisen und kreisfreien Städten als Grundlage der geplanten Evaluierung?

8. Abgeordnete Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)

Endgültige Freigabe Geiseltalsee 2017

Nach dem jüngsten Erdrutsch am Concordia See Ende Juni 2016 gab es von den Akteuren rund um den Geiseltalsee die Befürchtung, dass dieser erneute Erdrutsch in Nachterstedt auch die vollständige Freigabe des Geiseltalsees, die für 2017 vorgesehen ist, verzögern würde. Das zuständige Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung widersprach diesen Befürchtungen – der Zeitplan würde eingehalten werden. Zu diesem Zeitplan gehört auch ein Abschlussgutachten der LMBV, dass bis zum Ende des Jahres erstellt werden sollte.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird das oben genannte Gutachten fristgerecht bis zum Ende des Jahres vorliegen?

2. Hält die Landesregierung auch weiterhin an ihrem Zeitplan und der vollständigen Freigabe des Geiseltalsees im Jahr 2017 fest und wann genau wird diese in 2017 erfolgen?

9. Abgeordneter Daniel Rausch (AfD)

Kosten für die Abschiebung per Flugzeug

Das Ministerium für Inneres und Sport gab in der Volksstimme vom 19. Oktober bekannt, dass im Jahr 2016 bislang 1200 gebuchte Flüge kurzfristig, meist am Tag des Fluges, storniert werden mussten, da die Abschiebepflichtigen plötzlich verschwunden seien.

Ich frage die Landesregierung:

1. Werden ganze Flugzeugmaschinen eigens für den Zweck der Abschiebung gechartert oder werden Kapazitäten auf Linienflüge gebucht?

2. Wie hoch sind die Gesamtkosten für die Stornierung der abgesagten 1200 Flüge? Bitte aufgeschlüsselt nach Abschiebepflichtigen und Begleitpersonal (Polizisten, Ärzte, Dolmetscher usw.).

10. Abgeordneter Hagen Kohl (AfD)

Übernahme von Angehörigen der Wachpolizei in den Vorbereitungsdienst

Laut Entwurf des Gesetzes zur vorübergehenden personellen Verstärkung der Landespolizei ist vorgesehen, dass Hilfspolizeibeamte und Angehörige der Wachpolizei auf Antrag in den Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des Polizeivollzugsdienstes Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt, übernommen werden. Durch das erfolgreiche Ableisten des Vorbereitungsdienstes wird die Laufbahnbefähigung erworben, der sich regelmäßig die Einstellung in Beamtenverhältnis anschließt.
Sowohl Artikel 33 Abs. 2 Grundgesetz als auch Artikel 8 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt sollen garantieren, dass jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte hat. Diese Norm dient nach ständiger Rechtsprechung aber nicht nur dem Interesse des einzelnen Bewerbers, sondern als Prinzip der Bestenauslese auch dem öffentlichen Interesse an der bestmöglichen Besetzung der Stellen des öffentlichen Dienstes, dessen fachliches Niveau und rechtliche Integration gewährleistet werden soll.
Einen direkten Ausfluss dieses grundrechtsgleichen Rechts findet sich in § 12 Absatz 2 der Polizeilaufbahnverordnung Sachsen-Anhalt wieder. Dort heißt es, dass die ausgewählten Bewerber in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden.

Ich frage die Landesregierung:

Inwieweit kollidieren die Regelungen in § 8 und § 9 des im Entwurf vorliegenden Wachpolizeidienstgesetzes mit dem Verfassungsprinzip der Bestenauslese?

11. Abgeordneter Thomas Höse (AfD)

Bedarf an Beschäftigten im Wachpolizeidienst

Laut dem Vorblatt zum Entwurf des Gesetzes zur vorübergehenden personellen Verstärkung der Landespolizei (Wachpolizeigesetz) wird zur Verstärkung der Landespolizei bei der Wahrnehmung der Überwachung und Regelung des Straßenverkehrs von einem Bedarf von zusätzlichen 100 Wachpolizisten ausgegangen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf Grundlage welcher Parameter wurde der Bedarf an Wachpolizisten ermittelt bzw. welches Verfahren durchlief die Bedarfserhebung?

2. In welcher zeitlichen Folge sollen wie viele der geschulten Wachpolizisten den jeweiligen Polizeidirektionen des Landes zugewiesen werden?

12. Abgeordneter Detlef Gürth (CDU)

Abwicklung Abwasserzweckverband Bodeniederung

In der Volksstimme, Ausgabe vom 9. September 2016, war zu lesen, dass die Abwicklung des Abwasserzweckverbandes Bodeniederung derzeit nicht erfolgen könne, so wie es durch die Übergabe der Aufgaben des AZV an den Wasser- und Abwasserzweckverband „Bode-Wipper“ Staßfurt für das Jahr 2015 vorgesehen war.

Grund hierfür seien nach Aussage der Volksstimme noch ausstehende Beitragszahlungen aufgrund der aktuellen Gesetzeslage und daraus resultierende Teilzahlungsverträge bis zum Jahr 2030.
Diese offenen Beitragszahlungen sollen nach den Angaben der Bürgerinitiative „Bezahlbares Abwasser“ die Gebührenzahler mit jährlich ca. 50.000 € zusätzlich belasten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist die Einschätzung der Bürgerinitiative „Bezahlbarbares Abwasser“ hinsichtlich der fehlenden Möglichkeit der Abwicklung des AZV Bodeniederung und der daraus resultierenden zusätzlichen jährlichen Belastung der Gebührenzahler zutreffend?

2. Könnte nach Einschätzung der Landesregierung diesem Umstand durch eine Änderung der maßgeblichen Rechtsgrundlagen Abhilfe geschaffen werden?